

Greenpeace-Studie: Jährlich 201 Millionen Euro für die Stadtgemeinde Bremen möglich

Vermögensteuer könnte Investitionsstau verringern

Bremen/Hamburg, 24. Juli 2026 – Die angespannte Finanzlage Bremens bremst dringende Investitionen in Bildung, Nahverkehr und Klimaanpassung aus. Eine Vermögensteuer nach dem Greenpeace-Steuerkonzept könnte dem Land Bremen jährlich rund 256,7 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen bringen. Der Großteil davon käme der Stadtgemeinde Bremen zugute und würde Investitionen in Schulen, klimafreundliche Mobilität sowie den Schutz vor Hochwasser und Hitze ermöglichen. Das zeigt eine [neue Fallstudie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft \(FÖS\) im Auftrag von Greenpeace](#). Das [Steuerkonzept](#) sieht eine Vermögensteuer von zwei Prozent auf Vermögen oberhalb von 100 Millionen Euro vor. Betroffen wären davon weniger als 5.000 Haushalte in ganz Deutschland.

„Wir erleben gerade, wie Wetterextreme die Sicherheit und Gesundheit der Menschen gefährden. Eine Vermögensteuer würde Bremen den finanziellen Spielraum geben, den Hochwasser- und Hitzeschutz auszubauen und gleichzeitig Schulen und Verkehr zukunftsfest zu machen.“

Barbara Happe, Greenpeace-Sprecherin für Steuergerechtigkeit

Die neue Fallstudie zu Bremen vertieft die zuvor veröffentlichte [Greenpeace-Studie zur kommunalen Finanznot in Deutschland](#). Das Land Bremen ist mit 23,8 Milliarden Euro verschuldet und weist mit 33.934 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer auf. Nur rund neun Prozent der Ausgaben der Stadtgemeinde Bremen flossen 2025 in Investitionen; bundesweit waren es rund 13 Prozent. Für Sanierung und Neubau von Schulen, Berufsschulen und Kitas werden allein in der Stadtgemeinde Bremen mehr als zwei Milliarden Euro benötigt. Für einen leistungsfähigeren Nahverkehr wären im Land Bremen jährlich etwa 31 Millionen

Euro zusätzlich erforderlich. Hinzu kommen nötige Anpassungen an die Folgen der Klimakrise: Rund 83 Prozent der Fläche des Landes Bremen und damit etwa 540.000 Menschen sind beispielsweise durch Hochwasser gefährdet.

Als Ländersteuer fließt die Vermögensteuer zunächst dem Land Bremen zu. In die Modellrechnung fließen sowohl die Einnahmen aus der Besteuerung in Bremen ansässiger Hochvermögender als auch die Auswirkungen des Finanzkraftausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen ein ([Infografik](#)). Nach den Berechnungen könnten von den zusätzlichen Einnahmen rund 201,1 Millionen Euro der Stadtgemeinde Bremen zugutekommen; der übrige Anteil würde Bremerhaven zufließen. So entstünde in beiden Kommunen zusätzlicher Spielraum für Investitionen in Schulen, Nahverkehr und den Schutz vor Wetterextremen.

Mitmachaktion der Greenpeace-Gruppe Bremen am Samstag

Am 25. Juli informiert die Greenpeace-Gruppe Bremen auf dem Mecklenburger Platz von 10 bis 14 Uhr über die neue Fallstudie. Passant:innen können auf symbolischen Millionenscheinen ihre Investitionswünsche für Bremen festhalten. Diese sollen später an Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) übergeben werden.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Dr. Barbara Happe, Tel. 0171-112 63 27 und die Greenpeace-Gruppe Bremen: Sabrina Blaes, Tel. 0151-176 95 273.

Zur Studie: Bremen - Finanzen auf sichere Beine stellen

Greenpeace-Pressestelle: Tel. 040-30618-340, presse@greenpeace.de;
www.greenpeace.de.

Über Greenpeace e.V.

Greenpeace arbeitet international, setzt sich mit direkten, gewaltfreien Aktionen für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Natur und Gerechtigkeit für alle Lebewesen ein.

Das verwendete Bildmaterial steht 14 Tage nach Veröffentlichung zum Download für Medien zur Verfügung. Lieferbedingungen: keine Weitergabe an Dritte, kein Weiterverkauf, keine Archivierung, nur für redaktionelle Zwecke, Quellenangabe obligatorisch.

Kontakt Daten

Barbara Happe

Expertin für Frieden und Abrüstung

barbara.happe@greenpeace.org

[0171-1126327](tel:0171-1126327)

Link kopieren

<https://presseportal.greenpeace.de/268470-greenpeace-studie-jahrlich-201-millionen-euro-fur-die-stadtgemeinde-bremen-moglich/>